

Wahlprogramm 2021

Für einen sozialökologischen,

armutsfreien

und antirassistischen

Rheingau-Taunus-Kreis

am 14.03.2021

LISTE 6 wählen

DIE LINKE.

Kreisverband Rheingau-Taunus

Für einen sozialökologischen, armutsfreien und antirassistischen Rheingau-Taunus-Kreis brauchen wir einen Politikwechsel! Unsere Schwerpunkte in der Kreispolitik sind der sozialökologische Umbau, die gesellschaftliche Teilhabe, die Armutsbekämpfung, insbesondere die Bekämpfung der Kinder-, Frauen- und Altersarmut sowie die Bekämpfung von jeglicher Diskriminierung wie Rassismus und Antisemitismus. Ein Leben in Selbstbestimmung und Würde für jeden Menschen im Landkreis muss durch den Kreis, die Städte und die Gemeinden sichergestellt werden.

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

Soziale Sicherheit ist gerade in Zeiten einer Pandemie besonders wichtig.

Deshalb darf es keine noch tiefere soziale Spaltung geben. In erster Linie sind darum der Bund und das Land aufgefordert, alles ihnen Mögliche zu tun, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergeht. Aber auch der Kreis und die Kommunen müssen ihren Beitrag dazu leisten: Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer finanziellen oder sozialen Situation selbstbestimmt und ohne Existenzängste leben.

Deshalb fordern wir:

- Ein menschenwürdiges, bedarfsgerechtes und bezahlbares Wohnen zu schaffen und dauerhaft zu sichern, insbesondere durch den Neubau von Sozialwohnungen durch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft und zudem keine Veräußerung von öffentlichen Flächen an private Investoren. Außerdem müssen mehrgeschossige Neubauten mindestens einen 25% Anteil an Sozialwohnungen beinhalten
- Keine Zwangsumzüge für Familien, die auf Sozialleistungen angewiesen sind
- Eine transparente Gestaltung der Hartz IV-Sätze für Mieten in allen Kommunen im Kreis sowie die Anpassung der Mietsätze an reale Mietbedingungen
- Keine Diskriminierung von Leistungsberechtigten! Wir fordern 1050 Euro monatlich und eine stärkere Unterstützung der Betroffenen. Außerdem sollen Weiterbildungsangebote der Jobcenter den betroffenen Menschen nützen und nicht den Statistiken der Vermittelnden
- Eine bezahlbare Energieversorgung, daher sind wir für eine Sozialstaffelung von Energiekosten und lehnen Stromsperrern kategorisch ab
- Die Tafeln und die Tische, solange sie notwendig sind, stärker zu unterstützen
- Einen Dialog mit Betreiber*innen von Supermärkten über das kostenlose Abholen von aussortierten Lebensmitteln, damit „Containern“ nicht mehr nötig ist

- Kinder-, Familien- und Behindertenfreundlichkeit, einen barrierefreien Landkreis und die Erstellung eines Aktionsplanes für einen inklusiven Landkreis gemäß der UN – Konvention
- Soziale Infrastrukturen zu schaffen und zu stärken (Kinder- und Jugendhilfe, psychologische Hilfen)
- Die Unterstützung der Beratungsstellen durch den Kreis, die bei unterschiedlichen sozialen Problemen, wie Sucht, Schulden oder Hartz IV helfen
- Die Schaffung und den Erhalt ländlicher Infrastruktur. Der ländliche Raum muss bei der Erreichbarkeit von Notwendigkeiten des täglichen Bedarfs unterstützt werden, zum Beispiel bei der Schaffung von öffentlichen Dorfläden. So werden ältere und immobile Menschen nicht abgehängt
- Die bessere Unterstützung von Alleinerziehenden z.B. bei der Kinderbetreuung, den Lebenshaltungskosten und Mietkosten, aber auch bei soziokultureller oder politischer Teilhabe

Um diese Punkte systematisch aufzuarbeiten wollen wir die Erstellung eines öffentlichen Sozialberichts!

Ausbildung und Arbeit

Menschen haben ein Recht auf Planungssicherheit durch sichere Arbeitsplätze.

Deshalb fordern wir:

- Keine prekären Arbeitsverhältnisse im Kreis! Beschäftigungsverhältnisse müssen einem Normalarbeitsverhältnis entsprechen und dürfen nicht sachgrundlos befristet sein.
- Menschen brauchen Planungssicherheit und nicht aufeinanderfolgende Befristungen. Mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich, in Absprache mit den Städten und Gemeinden
- Keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben sowie die Kommunalisierung in infrastrukturell notwendigen Bereichen voranzutreiben und bestehende Infrastrukturen auszubauen und zu stärken

- Öffentliche Aufträge nur für tarifgebundene Firmen mit einem Mindestlohn von 13 Euro die Stunde zu vergeben, die Höhe des Mindestlohnes muss hierbei jährlich geprüft werden, um Menschen wirksam vor Armut schützen zu können

Kostenlose Bildung für Alle, Chancengleichheit herstellen

Alle Kinder haben ein Anrecht auf Chancengleichheit bei der Bildung, für sich und ihre Zukunft.

Deshalb fordern wir:

- Kostenlose Bildung von der Kindertagesstätte bis zum Hochschulabschluss, sowie Chancengleichheit unabhängig von der finanziellen und sozialen Situation der Eltern.
- Eine „Schule für Alle“ und den Aus- und Aufbau von Ganztags- und Gesamtschulen, mit kleineren Klassen sowie einen schnelleren Ausbau der Ganztagsbetreuung
- Bedarfsgerechte Versorgung an Schulen inklusive eines kostenlosen Mittagessens für Kinder jeder Altersstufe an den Schulen und in den Kitas
- Unterstützung von Kindern aus wirtschaftlich und sozial schwachen Familien zur Bewältigung von Onlineunterricht und Homeschoolingformen samt der Zurverfügungstellung von Tablets und einen erleichterten und kostenfreien Zugang zu Nachhilfeformen, um frühzeitig Lernschwächen bedarfsgerecht zu bearbeiten
- Unterstützung und Förderung von frühkindlicher Erziehung und Bildung
- Schaffung von bedarfs- und altersgerechten Zusatzangeboten in Kitas und Schulen (musikalische Früherziehung, naturwissenschaftliche Exkursionen, Experimentiertage, Naturwanderungen)
- Den Einsatz von entsprechend geschultem Personal in allen Schuljahrgängen, aber auch in der vorschulischen Betreuung, um Folgen von Gewalt an Kindern zu erkennen und schnell entgegenwirken zu können
- Die im Jugendamt benötigten Stellen zu schaffen, um Kindeswohlgefährdungen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern
- Schulsozialarbeit für alle Schüler*innen. Priorität beim Ausbau haben alle Grundschüler*innen und die 10. Klassen
- Erhöhung der Zuschüsse für die Jugendarbeit der Vereine und Verbände
- Förderung von politischer Bildung in der Schule

- die Möglichkeit für Jugendliche, sich aktiv in die Kreispolitik einzubringen und dort Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu erhalten
- Förderung von Jugendprojekten bspw. durch Bezuschussung bei Klassenunternehmungen oder bei der Übernahme der Anschaffung von notwendiger Ausstattung sowie der Förderung schulischer und außerschulischer Projekte von Kindern und Jugendlichen
- Einführung einer flächendeckenden Drogenprävention durch geschultes Personal und Durchführung der Kurse an Schulen und Jugendbildungseinrichtungen
- Die Verbesserung der Wohnsituation für Studierende durch Förderung und Schaffung von studentischen Unterkünften
- Die Stärkung der Volkshochschule

Für ein soziales Miteinander – für einen nazifreien Rheingau-Taunus-Kreis

Deutschland ist ein multikulturelles Land, doch wird die kulturelle Vielfalt in den staatlichen Institutionen immer noch vernachlässigt.

Deshalb fordern wir:

- Vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund, u.a. in der Verwaltung, in Kindertagesstätten, Schulen und bei der Polizei. Sie helfen, kulturelle Barrieren zu überwinden, haben Vorbildfunktion und fördern das Miteinander. Zudem haben sie einen anderen Blickwinkel auf die Gesellschaft
- Schulische Veranstaltungen, durchgeführt von Rassismusbetroffenen, die Bewahrung der Erinnerungskultur, Veranstaltungen mit Zeitzeugen und thematische Projektwochen.
- Kampagnen und Projekte zu fördern und die Unterstützung von unabhängigen Initiativen gegen faschistische Organisationen (zum Beispiel durch das Jugendbildungswerk)
- freigewordene Unterbringungsmöglichkeiten zu nutzen, um Geflüchtete aufzunehmen und menschenwürdig sowie dezentral unterzubringen.
- Gewinne durch überbezahlte Unterbringung Schutzsuchender in Massenunterkünften zu unterbinden

- Fluchtursachen zu bekämpfen, z.B. durch die Unterstützung von fairem Handel
- Jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, dort zu leben, wo er oder sie möchte
- Rüstungsfirmen im Rheingau-Taunus-Kreis in die Verantwortung für Waffenexporte und ihre Folgen zu nehmen
- Ehrenamtliche besser zu unterstützen durch Beratung und Schulung. Sie müssen von der Politik und der Gesellschaft mehr Wertschätzung und eine staatliche Haftpflichtversicherung erhalten
- Jegliche Diskriminierung aktiv zu bekämpfen
- Keine Räume des Kreises für Vertreter*innen menschenfeindlicher Ideologien zur Verfügung zu stellen
- Sozialarbeiter*innen statt Polizist*innen einzusetzen, um bei sozialen Konflikten einzuschreiten und um sie zu lösen
- eine unabhängige Meldestelle für Betroffene von (rassistischer) Polizeigewalt, um diese und Racial-Profilung auch im Kreis zu erfassen und zukünftig zu verhindern

Geschlechtergerechtigkeit herstellen, Gleichberechtigung durchsetzen

Gleiche Teilhabe von allen Geschlechtern an allen Gütern, Kultur, Bildung und Gesundheit garantieren. Alle Geschlechter haben das Recht auf eine existenzsichernde Erwerbsarbeit, auf die Möglichkeit zur Familienarbeit und Zeit für politische und gesellschaftliche Arbeit.

Deshalb fordern wir:

- Eine konsequente Überprüfung des Kreishaushalts auf seine Wirkung für Geschlechtergleichstellung
- Die aktive Bekämpfung von Queer- und Homofeindlichkeit durch die Einrichtung von Beratungsstellen für von Queerfeindlichkeit betroffenen Menschen sowie die aktive Öffentlichkeitsarbeit auch zur Schaffung sozialer Umfelder für Queer-Menschen
- Geschlechterneutralität in öffentlichen Gebäuden und kommunaler Verwaltung herzustellen durch bspw. Unisextoiletten und gendergerechte Sprachverwendung in entsprechenden Formularen

- Schulung für kommunale Mitarbeiter*innen für einen sensibilisierten Umgang mit Queer-Menschen
- Ausbau unabhängiger und regionaler anonymer Beratungsstellen für Frauen, die bei der Vermittlung von Fraueneinrichtungen helfen, und die Schaffung kostenloser Rechtsberatung in Familienrechtsangelegenheiten
- Die Grundlagen für insbesondere Frauen politische Arbeit, auch im Kreistag, zu legen (z.B. durch verbesserte Regelungen für Arbeitsfreistellungen)
- Weiterbildungen bei Polizei und anderen damit befassten Personen, um Frauen, die Opfer von (meist sexualisierter) Gewalt geworden sind, eine schnell verfügbare, unkomplizierte und sichere Umgebung bieten zu können, ebenso wie den Einsatz von mehr Sozialarbeiterinnen bei der Polizei die dafür besonders geschult sind

Energie und Umwelt für die Zukunft planen

Wir wollen einen schonenden Umgang mit unserer Umwelt - und diese nachhaltig gestalten.

Wir setzen uns ein für:

- Die Nutzung aller sinnvoll einsetzbarer alternativen Energien
- Dezentrale Energieversorgungskonzepte und Energiesparpläne des Kreises
- Eine Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe unter Berücksichtigung von Naturschutz und Tierwohl
- Die Förderung von Begrünung der Städte und der Verhinderung von Schottergärten
- Eine Begrünung der kreiseigenen Flachdächer und Bushaltestellen
- Die Überwachung der gesetzlich geregelten Blühstreifen, um die Insektenvielfalt zu erhalten und die Benutzung von Insektiziden zu verringern
- Eine Minimierung von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln, um eine Überbelastung des Bodens, beispielsweise mit Nitraten, zu vermeiden
- Abwägungen bei Flächenversiegelung zwischen Bebauung und Bodenqualität, kein Versiegeln von Ackerböden zugunsten von Logistikzentren oder ähnlichen Bauvorhaben

- Zusammenarbeit mit Umweltgruppen und Verbänden
- Die Bekämpfung der öffentlichen Vermüllung
- Das Überprüfen des Kreises auf Errichtung und der Ausweitung von Naturschutzgebieten sowie das Einsetzen für das Schaffen einer Biosphärenregion.
- Den Ausbau und die Kommunalisierung des ÖPNV. Die Nutzung muss durch attraktive Preise bis hin zum Nulltarif gesteigert werden. Sozialtickets leisten hierzu einen Beitrag.
- Den Ausbau des Radwegenetzes, vor allem zwischen den Kommunen
- Mehr 30 km/h Zonen - auch aus Gründen der Verkehrssicherheit
- Die schnellstmögliche Reaktivierung der Aartalbahn
- Die Reduzierung von Bahnlärm im Rheingau durch technische Nachrüstung
- Eine Alternativbahnstrecke zum Rheintal
- Nutzung von kreiseigenen Giebeldächern für Photovoltaik
- Für eine Infrastruktur, die erneuerbare Energien begünstigt
- Für neue, barrierefreie und klimaneutrale Bauprojekte, auch für Sozialwohnungen
- Die Erhaltung der regionalen Energieberatungsstelle und die Unterstützung von Energiesparmaßnahmen sowie Repair Cafes

Gesundheitsversorgung und -vorsorge ist Daseinsvorsorge

Gesundheitsvorsorge und die Gesundheitsversorgung sind zentrale Bestandteile der Daseinsvorsorge. Auch die Corona Pandemie wird uns auf nicht absehbare Zeit Probleme bereiten. Die Gesundheit der Menschen muss stets Vorrang vor Profitinteressen haben und darf diesen nicht unterworfen sein.

Deshalb fordern wir:

- Niemand darf zur Arbeit gezwungen werden, wenn erhebliche Gesundheitsrisiken bestehen
- Gemeinsam mit den Kommunen durch medizinische Versorgungszentren die Grundversorgung durch Ärzt*innen sicherzustellen.

- Die grundversorgenden Krankenhäuser in die öffentliche Hand zu überführen
- Eine dauerhafte Förderung des Geburtshauses
- Die Hebammenversorgung, insbesondere mit freien Hebammen, im Kreis dauerhaft sicherzustellen, damit Frauen und Kinder während der Schwangerschaft, der Geburt und auch danach von qualifizierten Fachkräften gut betreut werden können
- Die Unterstützung für Frauen, die ungewollt schwanger sind, bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Es müssen genügend Ansprechpartner*innen für die gesetzliche Beratung nach §218 vorhanden sein. Beratungsstellen müssen Frauen unvoreingenommen und anonym beraten können und bedürfen daher auch zukünftig Schutz vor äußerer Beeinflussung durch bspw. sogenannte Lebensschützer. Es muss ausreichend Ärzt*innen geben, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen
- Die Möglichkeit von anonymisierten Geburten, um Frauen nach der Geburt eines ungewollten Kindes schnell und unkompliziert einen Ausweg aus einer Extremsituation bieten zu können und ungewollte Schäden vom Kind abzuwenden. Sollten alle Möglichkeiten nicht wahrgenommen worden sein, braucht es Zugang zu Babyklappen
- Suchtberatungsstellen zur Drogenprävention bedarfsgerecht zu fördern durch bspw. ausreichend Personal. Sollte der Bedarf bestehen, müssen Konsumräume geschaffen werden
- Eine bessere personelle und materielle Ausstattung des Kreisgesundheitsamtes, nicht nur Corona wegen
- Eine bessere Erreichbarkeit durch mehr Digitalisierung in den Ämtern
- Eine gute und bedarfsgerechte ambulante und wohnortnahe stationäre Pflege

Digitalisierung vorantreiben

Die Digitalisierung schreitet voran, der Landkreis und die Kommunen müssen auf der Höhe der Zeit bleiben.

Um dies zu gewährleisten, fordern wir:

- Die Anbindung an Glasfaser- oder Breitbandnetze landkreisweit zu sozialverträglichen Preisen, um auch nach Corona den Zugang zu Homeoffice-Arbeitsplätzen zu ermöglichen

- Schaffung von kostenlosem WLAN oder Freifunknetzen an allen öffentlichen Plätzen, und den Ausbau mobiler Netze
- Stärkung der Bildung für alle mit niedrighschwelligen Einstiegsangeboten insbesondere für Senior*innen.
- Unterstützung von Bildungsträgern bei der Schaffung und Etablierung digitaler Lernangebote für alle Altersgruppen
- Parallel zu analogen Angeboten der Kommunen, die Umsetzung der kommunalen Dienstleistungen in digitaler Form
- Freiheit und Transparenz über mit öffentlichen Mitteln erhobene und verwendete Daten für die Bürger*innen

Mehr Demokratie wagen - Politische Teilhabe für jede*n

Eine lebendige Demokratie braucht die Mithilfe aller hier lebenden Menschen.

Wir treten ein für:

- Das Wahlrecht für alle, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben und 16 Jahre alt sind
- Eine deutliche Senkung der Quoten bei Bürger*innenbegehren auf allen politischen Ebenen
- Die kommunale Förderung von Vereinen, Kultur- und Jugendinitiativen, die für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen eintreten
- Eine Unterstützung von ehrenamtlicher Arbeit, u.a. durch leichtere steuerliche Berücksichtigung von Auslagen Ehrenamtlicher, sowie die Schaffung von Vernetzungsstrukturen von ehrenamtlich aktiven Menschen. Öffentliche Aufgaben dürfen dabei nicht auf Ehrenamtliche abgewälzt werden
- Die Teilhabe der Bürger*innen an kommunalpolitischen Entscheidungen durch Transparenz zu ermöglichen und Mitbestimmungsrechte zu stärken
- Eine Wertschätzung aller Menschen, damit sie sich in die Gesellschaft einbringen können
- Die Prüfung zu einem Aufkauf von Unternehmen, welche die Produktionsstätte auf Kosten von Arbeitnehmer*innen schließen, um diesen einen Arbeitsplatz zu

gewährleisten. Diese Stätten sollen demokratisiert und durch die dort Arbeitenden verwaltet werden

- Verstärkung internationaler Partnerschaften zur Förderung und Erhaltung internationaler Zusammenarbeit für Frieden und Abrüstung sowie internationaler Bewegungen (z.B. den Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und der Klimabewegung)

Kultur für alle - soziokulturelle Teilhabe fördern und unterstützen

Sozio-kulturelle Teilhabe ist wichtig für alle Menschen.

Wir wollen:

- Die Einführung eines Sozialpasses, um Menschen in prekären Lebensumständen wie bspw. Menschen in Altersarmut, Leistungsberechtigten oder Beschäftigten im Niedriglohnsektor Zugang zu soziokultureller Teilhabe zu ermöglichen, bis hin zum kostenfreien Zugang zu Museen, Bibliotheken und ähnlichem
- Den Ausbau kultureller Angebote ohne Gewinninteressen privater Investoren und die kulturelle Teilhabe für alle Menschen
- Eine Förderung von Kinder- und Jugendtheatern
- Den Ausbau und Erhalt von Bibliotheken sowie die Unterstützung dieser bei der Etablierung digitaler Angebote
- Die Förderung von Freizeitangeboten, diskrete finanzielle Hilfe bei Vereinsmitgliedschaften, die Förderungen öffentlicher Bereiche wie Spiel- und Bolzplätze
- Unterstützung für Kultur- und Freiräume z.B. von Jugendzentren

Kommunale Finanzen

Wir sind für am Allgemeinwohl orientierte kommunale Finanzen.

Daher fordern wir:

- Ein Ja zum Schuldenabbau, aber nicht zu Lasten der Kommunen, der Armen und der Finanzschwachen
- Eine ausreichende Finanzierung der Kommunen durch Bund und Land
- Das Einsetzen des Kreises auf Landes- und Bundesebene für eine Erhöhung der Steuern für Spitzenverdiener sowie auf große Vermögen und Erbschaften ebenso wie für gutverdienende Unternehmen und Kapitalerträge
- Die Einrichtung eines Fonds des Landes für strukturschwache Kommunen, durch den der Abbau der Altschulden gewährleistet wird
- Das Konnexitätsprinzip: Wer Kommunen Aufgaben überträgt, egal ob Land oder Bund, der soll sie auch bezahlen - rechtlich festzuschreiben.

Unsere Kandidat*innen für den Kreistag

Listenplatz 1

Benno Pörtner, DIE LINKE



FRIEDEN UND GERECHTIGKEIT WELTWEIT“ sowie „GLOBAL DENKEN UND LOKAL HANDELN“ sind meine zentralen politischen Forderungen. Deshalb setze ich mich auch im Rheingau-Taunus-Kreis für mehr Gerechtigkeit und sozialökologische Verbesserungen ein. Die Armutsbekämpfung, insbesondere die Bekämpfung der Kinder-, der Frauen- und der Altersarmut ist mir besonders wichtig. Ebenso der Bau von dringend benötigten zusätzlichen Sozialwohnungen. Zudem unterstütze ich u.a. Pax Christi, Verdi, den Sozialverband VDK, Attac und Pro Asyl mit meiner aktiven

Mitgliedschaft sowie diejenigen die Geflüchteten helfen.

Listenplatz 2

Nicole Eggers, DIE LINKE

„Die Herausforderungen in der jetzigen Zeit sind groß, und sie betreffen jede und jeden Einzelnen. Sei es das Leben mit und in der Pandemie, der sozialökologische Umbau und der Kampf um das Klima, gleiche Bildungschancen für alle oder auch der Erhalt der Lebensqualität auf dem Land – all dies betrifft nicht nur die Politik auf den hohen Ebenen, sondern alle von uns. Daher möchte ich mich engagiert dafür einsetzen, dass auch unser Kreis und seine Bürgerinnen und Bürger gemeinsam für eine gute und gerechte Zukunft kämpfen.“



Listenplatz 3

Björn Zapp, Piratenpartei



*„Zu den Piraten kam ich 2019 durch den Kampf gegen Artikel 13 mit der Kampagne SaveYourInternet. Besonders der Gedanke, Teil der „Robin Hoods der Politik“ zu sein und den Mächtigen die Macht zu nehmen und sie den Bürger*innen in die Hand zu geben, bewegte mich in die Politik zu gehen. Für mich ist es wichtig, dass Informationen allen Bürger*innen zugänglich sein müssen und vor allem Veröffentlichungen zu weitreichenden Entscheidungen einfach zur Verfügung stehen. Auch lege ich auf die Förderung der digitalen Bildung großen Wert. An dieser Stelle gibt es meiner Ansicht nach einiges aufzuholen. Ich bin froh über die*

Möglichkeit, auf der Liste DER LINKEN meine Inhalte einbringen zu können.“

4	Milena Fliedner	DIE LINKE, linksjugend solid	Heidenrod
5	Jasper Klos	DIE LINKE	Bad Schwalbach
6	Constanze Holdschick	DIE LINKE	Geisenheim
7	Jürgen Gorzawski	DIE LINKE	Aarbergen
8	Denise Schreiber	Parteilos	Eltville
9	Edgar Weimer	DIE LINKE	Taunusstein
10	Kiona Higgins	DIE LINKE	Hünstetten
11	Jan Beyersdörfer	DIE LINKE, linksjugend solid	Hünstetten
12	Katja Joesbury	DIE LINKE	Hünstetten
13	Wolfgang Weis	DIE LINKE	Niedernhausen
14	Petra Heimer	DIE LINKE	Niedernhausen
15	Hanns-Joachim v. Stockhausen ,	Parteilos	Niedernhausen
16	Elke Kraft	Parteilos	Taunusstein
17	Jason Wilhelmi	DIE LINKE, linksjugend solid	Taunusstein
18	Andrea Diederich	DIE LINKE	Eltville
19	Udo Jost	DIE LINKE	Waldems
20	Karin Meindorfer	Parteilos	Taunusstein
21	Stefan Hähner	Parteilos	Idstein
22	Julia Thommes	DIE LINKE	Hünstetten
23	Sven Jörgenshaus	Parteilos	Eltville

DIE LINKE Kreisverband Rheingau-Taunus
Rodergasse 7
65510 Hünstetten

vorstand@die-linke-rtk.de
www.die-linke-rtk.de